

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Berlin und Einzelabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Der zweite Rathenauprozess.

Helfer der Mörder vor dem Staatsgerichtshof.

B. S. Leipzig, 25. Juni.

Vor dem 1. Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik begann heute morgen die Verhandlung gegen Brandt und Küchenmeister wegen Beihilfe im Rathenau-Mord.

Von den für heute geladenen Zeugen waren zuerst die ehemaligen Angeklagten aus dem ersten Rathenau-Prozess, Kapitänleutnant Tilleßen, Plaas und Steinbeck sowie Korvettenkapitän v. Abendroth und der Bruder Küchenmeisters, der Kaufmann Fritz Küchenmeister erschienen.

Von den für heute geladenen Zeugen waren zuerst die ehemaligen Angeklagten aus dem ersten Rathenau-Prozess, Kapitänleutnant Tilleßen, Plaas und Steinbeck sowie Korvettenkapitän v. Abendroth und der Bruder Küchenmeisters, der Kaufmann Fritz Küchenmeister erschienen.

Vor.: Wie kamen Sie zu dieser Partei?

Brandt: Mein Empfinden und Denken ist deutsch, deutsch und nochmals deutsch. Der Dienst im Volkstum ist mir alles.

Vor.: Sie haben auch früher ausgelegt, daß Sie gegen das Judentum Haß empfänden.

Brandt: Nein, ich hege keinen Haß gegen das Judentum. Ich bin nur der Ansicht, daß das Volkstum und seine Eigenart durch Blut und Rasse bestimmt werde, wie dies ja auch die Wissenschaft behauptet.

Vor.: Waren Sie Mitglied der D.-C.?

Brandt: Ich war bis zum September 1921 in der Reichsmarine. Im gleichen Monat wurde die D.-C. aufgelöst. Das war also unmöglich, denn ich konnte nicht zwei Herren dienen.

Brandt: Ich habe auch früher ausgelegt, daß Sie gegen das Judentum Haß empfänden.

Brandts eingetreten, der sich zunächst über den Charakter des Rathenau-Mörders Kern näher äußerte. Zwischen ihm und Kern habe ein wesentlicher Unterschied in den Temperamenten bestanden.

von dem Moed an Erzberger in den Tönen höchster Begeisterung gesprochen und erklärt, die Täter hätten die edelste sittliche Tugend gezeigt, nämlich völlige Selbstanklage.

Der Angeklagte kam dann auf die Tagung ehemaliger Marineoffiziere Pfingsten 1922 in Berlin zu sprechen, erklärte aber, daß er über die dort gepflogenen Verhandlungen mit Rücksicht auf die Entente nicht in öffentlicher Sitzung sprechen könne.

Deffentlichkeit, und der Staatsgerichtshof beschloß demgemäß, nur für diesen Punkt die Deffentlichkeit kurze Zeit auszuschießen. Der Saal wurde darauf geräumt. Nach 10 Minuten konnte dann aber die Deffentlichkeit wiederhergestellt werden.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlung schilderte Brandt dann, wie er von Kern die Weisung erhalten habe, ein Auto für eine „nationale Sache“ zu beschaffen, zu welchem Zweck er sich mit Fritz Küchenmeister in Freiberg in Verbindung gesetzt habe.

Küchenmeister erklärte hierzu, daß Brandt ihn verpflichtet habe, im Hinblick auf die Entente zu schweigen. Im übrigen sei er damals sehr ermüdet von der Reise gekommen und habe sich auch nicht so leicht entschließen können, den wertvollen Wagen einem anderen anzuvertrauen.

Ich wollte Kern ermahnen, vorsichtig mit dem Wagen umzugehen. Daß das nicht geschehen ist, das ist das, was mich die ganzen Jahre und noch heute so bedrückt.

Brandt kam dann ausführlich auf die Berliner Verhandlungen vor dem Nord zu sprechen. Nach ihrer Ankunft in Berlin meldeten sie Kern das Eintreffen des Wagens, stellten das Auto in einer Garage unter und übernachteten in einem kleinen Hotel, das aber so übel gewesen sei, daß sie sich geniert hätten, ihren richtigen Namen anzugeben.

(Fortsetzung im Morgenblatt.)

China in Särgung.

Weitere Ergebnisse. — Verhandlungen Entente — China.

London, 24. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In Kanton sowie in Hongkong dehnt sich der Streik immer mehr aus. In verschiedenen Städten wurden japanische Konsulate angegriffen, in Kiangtung der japanische Konsul mit Steinen beworfen, in Wutschow soll der japanische Zollkommissar ermordet und einige andere Japaner schwer verletzt worden sein.

Nach amerikanischer Meldung wird verjagt, die fremdenländische Agitation auf Manila (Amerik.-Philippinen) auszuwehnen.

Die Ententemächte haben der chinesischen Regierung eine Antwort auf ihre letzte Note vom Sonnabend erteilt. Sie drücken darin ihr Bedauern aus, daß die chinesische Regierung die Vorgänge in Schanghai ganz anders darstelle, als dies die Mächte nach sorgfältiger Prüfung getan hätten.

Reichsstädteordnung.

Ein Vorschlag des Deutschen Städtetages.

E. R. Saarbrücken, 23. Juni.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat auf seiner Saarbrückener Tagung den seit Jahren von ihm bearbeiteten Entwurf einer Reichsstädteordnung endgültig verabschiedet und beschlossen, ihn der Reichsregierung als Unterlage für eine reichsgesetzliche Regelung zu überweisen.

Die wichtigste Aenderung, die nach langen Debatten mit großer Mehrheit zur Annahme gelangte, ist das Bekenntnis zur Einführung des Einkörpersystems. Aus der Buntstädteigkeit der in Deutschland geltenden Städteverfassungen — in Preußen existieren nicht weniger als sechs Städteordnungen — heben sich drei Arten der Verfassung besonders hervor.

Falls eine solche reichsgesetzliche Regelung erfolgen sollte, so wäre damit ein ganz bedeutender Erfolg erreicht. Gegenüber dem Wirrwarr der Städteverfassungen in den einzelnen Ländern ist das Bekenntnis zur Reichsgesetzgebung und zur einheitlichen Regelung prinzipiell aus dem Entschiedenste zu unterstützen.

In einer Reihe von Einzelheiten enthält der jetzt beschlossene Entwurf Vorschläge, die durchaus einer modernen Auffassung von kommunaler, freiheldlicher Selbstverwaltung gerecht werden.

Die Städte haben die Aufgabe, die geistige, sittliche, körperliche und wirtschaftliche Wohlfahrt ihrer Einwohner zu pflegen. Sie sind befugt, zum Besten ihrer Einwohner alle Aufgaben freiwillig zu übernehmen, die nicht durch das Gesetz anderen Stellen ausschließlich vorbehalten sind.

Das Recht auf Einrichtung von Gemeindebetrieben wird folgendermaßen formuliert: Die Städte sind berechtigt, sofern es das Gemeinwohl erfordert, durch Ortsrecht vorzuschreiben, daß die Einwohner verpflichtet sind, sich an bestimmte, gemeinnützige städtische Einrichtungen anzuschließen.

Insbesondere kann der Anschluß und Benutzungszwang vorgeschrieben werden für städtische Kanalisation, Wasserleitung, Müllabfuhr, Straßenreinigung und Leichenbestattung. Allerdings soll die Staatsaufsichtsbehörde gegen Ortsgerichte auf Grund dieses Paragraphen, soweit sie sie über die in Abs. 2 vorgezeichneten Einrichtungen hinausgehen, Einspruch erheben können.

nicht zur Annahme gekommen wäre. Sie wollen weder eine reichsgerichtliche Regelung, noch wollen sie die Befestigung des Zweikammerregimes.

Selbstverständlich ist mit der Ueberreichung dieses Entwurfs durch den Städtetag an die Reichsregierung der Entwurf noch lange nicht Befehl und bis zur Annahme einer Reichs-Städteordnung durch den Deutschen Reichstag wird sicher noch manche Zeit vorgehen. Die Widerstände gegen eine solche Regelung sind dazu viel zu stark. Sie gehen von den partikularistischen Tendenzen gleichermaßen wie von den reaktionären Grundauffassungen der Rechtsparteien aus. Die unmittelbarste Wirkung werden die Beschlüsse des Städtetages möglicherweise auf die Verhandlungen des Preussischen Landtags ausüben. Seit Jahren berät der Landtag über die Neuordnung der preussischen Städteordnung. Das Zentrum hat durch einen Antrag vorgeschlagen, den Entwurf in der Fassung der zweiten Lesung zu verabschieden. In diesem Entwurf stehen noch rheinische Bürgermeistereiverfassung und östliche Magistratsverfassung wahrheitsgemäß nebeneinander. Auch für Preußen schlägt jetzt der Städtetag vor, genau wie in seinem Entwurf einer Reichs-Städteordnung, das Einkörpersystem obligatorisch zu machen. Es ist durchaus möglich, daß durch diesen Vorschlag für die Beratungen des Landtags eine neue Grundlage geschaffen wird. Da das in Preußen vorliegende Ergebnis langer Kompromißverhandlungen eigentlich niemanden recht befriedigt und im wesentlichen nur eine Neufodifizierung bestehender Gesetzesbestimmungen vorgenommen worden ist, so wird man es nur begrüßen können, wenn durch den Vorschlag des Städtetages neuen Gedanken Bahn gebrochen wird.

Die schwankende Zollfront.

Rufe nach einem Kompromiß.

Der erste Tag der Zolldebatte im Reichstag hat noch nicht erkennen lassen, ob die Regierungsparteien geschlossen die Zollvorlage in der vorliegenden Form erledigen wollen, oder ob sie die prozogenen Bestimmungen preisgeben wollen. Die Besprechungen, die vor der ersten Lesung zwischen Regierung und Regierungsparteien geführt worden sind, ließen auf Bedenken und Schwierigkeiten im Lager der Regierungsparteien schließen. Der Beschluß des Präsidiums des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat gezeigt, wo diese Schwierigkeiten zu suchen sind: die Belastung der Zollvorlage mit den Getreidemindestzöllen wird selbst bei einflussreichen Regierungsparteien für gefährlich gehalten.

Die „Kölnische Zeitung“ eröffnet die Auseinandersetzung unter den Regierungsparteien mit der Forderung, den Ballast der Getreidemindestzölle über Bord zu werfen:

„Wenn die Zollvorlage am Mittwoch oder am Donnerstag in erster Lesung durch die Vollziehung des Reichstages gegangen ist, wird es Aufgabe der Regierung sein, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Herbeiführung eines Kompromisses über die Zollvorlage zwischen den an der Regierung beteiligten Parteien zu versuchen. Daß dabei die Mindestzölle für Getreide zurückgestellt werden müssen, ergibt ein kurzer Blick auf die Verteilung der Kräfte im Parlament. Bei Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten darf man nicht nur auf eine Opposition, sondern auf eine Obstruktion gefaßt sein, die bereits in vorbereitenden Maßnahmen eingeleitet hat, und deren Linien in der sozialdemokratischen Presse deutlich gezogen werden. Darüber hinaus darf man zu den grundsätzlichen Gegnern der Mindestzölle die Hälfte des Zentrums, ein Drittel der Deutschen Volkspartei und den größten Teil der Wirtschaftspartei rechnen, so daß im Parlament die Erledigung der Zollvorlage mit diesen Mindestzöllen auch dann ausgeschlossen erscheint, wenn sich das Kabinett Luther mit der Kabinettsfrage für sie einsetzt. Man wird daher ein Kompromiß schließen müssen, das der Landwirtschaft das gibt, was sie braucht, und das sich im Augenblick die Weltmarktpreise,

und sie darüber hinaus gegen kommende Eventualitäten sicherstellt. Man wird dabei u. a. an eine gleitende Zollskala denken können.“

Diese scharfe Wendung gegen die Getreidemindestzölle in der „Kölnischen Zeitung“ ist verbunden mit einer fast drohenden Mahnung an die Deutschnationalen, die Zollvorlage nicht mit Fragen der Außenpolitik zu verknüpfen. Der Zusammenhang mit der Stellungnahme des Reichsverbandes der deutschen Industrie ist unverkennbar.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ sekundiert diesen Vorstoß gegen die Getreidemindestzölle:

„Ein nicht zu verkennender Mangel ist es allerdings, daß bei den Getreidemindestzöllen die feste Bindung an einen Doppeltarif vorgegeben ist. Diese Stelle des vorgeschlagenen Zolltarifs durchbricht eben doch das Prinzip, daß der für Deutschland jetzt zu schaffende Zollschutz lediglich als Basis für Handelsvertragsverhandlungen dienen soll, daß die neuen Zollsätze den Zweck haben sollen, im Gegenseitigkeitsverfahren für die den anderen Ländern eingeräumten Zollvergünstigungen und Exportermöglichkeiten herabgesetzt oder gar aufgehoben zu werden. Ueberhaupt braucht man für die Mängel dieser ganzen kleinen Zolltarifnovelle keineswegs blind zu sein. Es ist richtig, daß sie nicht als das neue, bahnbrechende Reformwerk zu werten ist, das man von der deutschen Handelspolitik erwartet.“

Eine Zollvorlage, die aus dem Lager der Regierungsparteien heraus eine solche Beurteilung erfährt, ist unmöglich. Die Kräfteverteilung hat sich jetzt schon zuungunsten der brotmachenden Forderung der agrarischen Interessenten verschoben. Werden die Vertreter der Deutschnationalen in der Regierung trotzdem durchsetzen, daß die Regierung den Brotwucher zu einer Kabinettsfrage macht?

Serienreisen nach Sowjetrußland.

Ein kommunistischer Propagandatrupp.

Um das sinkende Schiff der RPD. wieder flott zu machen, sind die Kommunisten auf einen neuen Propagandatrupp verfallen. Sie arrangieren „Arbeiterstudienfahrten“ nach Sowjetrußland.

Einige hundert deutsche Arbeiter sollen für ein paar Wochen Rußland besuchen. Für angenehme Reise und beste Unterkunft wird gesorgt. Da sich die Reisenden unter ständiger Obhut der Sowjetbehörden befinden, kein Russisch verstehen und nur dorthin kommen, wohin man sie nach sorgfältiger Vorbereitung führt, kann es nicht fehlen, daß sie mit den allerbesten Eindrücken nach Hause zurückkehren, wo inzwischen auch für ihre Familien durch ausreichende Unterstützung gesorgt werden soll. Den Dank für erwiesene Gastfreundschaft sollen dann die Besucher in Form eines Berichtes erstatten, in dem man lesen wird, daß in Rußland die soziale Frage gelöst ist und daß dort die Arbeiter herrlich und in Frieden leben.

Besonderen Wert legt man auf die Beteiligung von sozialdemokratischen Arbeitern, die im Triumph als gerettete Seelen aus Rußland zurückgebracht werden sollen. Darum sollen die Reisenden der Form nach aus den Betrieben gewählt werden. Außerdem will man auch in den Betrieben Sammlungen für die Reisekosten veranstalten, um den Schein zu erwecken, als ob die Kosten von den deutschen Arbeitern selbst getragen würden, während in Wirklichkeit die große Kasse in Moskau für das Rüstige sorgt.

Eine objektive Berichterstattung über die Zustände in Rußland kann natürlich auf solche Weise nicht zustande kommen, sie ist auch gar nicht beabsichtigt. Die sozialdemokratischen Arbeiter in den Betrieben werden den Zweck der Veranstaltung erkennen und für die nötige Aufführung sorgen.

Bulgarischer Banditenkrieg. Eine bulgarische Truppenabteilung entdeckte vor kurzem die Spur der Banditen, die im April den Anschlag gegen den König ausgeführt haben. Während der Verfolgung kam es zu einem Feuergefecht, bei dem der Banditenführer Boneff getötet wurde. Vier andere Banditen fielen. Unter den von den Banditen liegen gelassenen Gegenständen fand man das Fernglas, das dem König entziffen worden war, sowie die Ausweispapiere des ermordeten Naturforschers Ilkoff.

Chamberlain verteidigt den Pakt.

Die große Aussprache im englischen Unterhand.

Die große Aussprache im Unterausschuß, über deren Beginn mir im Morgenblatt berichtet, wurde weitergeführt.

Im weiteren Verlauf seiner Rede kritisierte Außenminister Chamberlain vom Standpunkt des britischen Reiches aus das Genfer Protokoll und wandte sich sodann gegen die Theorie der Isolierung Englands. Das Arbeitsstehen des britischen Reiches von europäischen Angelegenheiten habe niemals den Interessen des Friedens gedient. So sei das direkte Ergebnis des Nichtzustandekommens eines englisch-amerikanisch-französischen Paktes der Abschluß jener Bündnisse zwischen Frankreich und den östlichen Staaten gewesen, über die die Liberalen und Arbeiterpartei so besorgt seien. Der Weltkrieg habe gelehrt, daß auch die Neutralen unter einem Krieg litten. Außerdem habe England sowohl die Völkerbundsabmachungen wie auch den Versailler Vertrag unterschrieben und beide Unterchriften seien mit Isolierung oder Gleichgültigkeit unvereinbar. Isolierung sei daher nur ein Traum.

Die britische Regierung habe sich infolgedessen für

besondere Vereinbarungen rein defensiver Art

im Geiste der Völkerbundsabmachungen und unter Führung des Völkerbundes entschieden. Chamberlain unterstrich ausdrücklich, was er während der Verhandlungen mit Frankreich Briand durch den Boten Schaller Creme hätte wissen lassen, nämlich daß sich die Garantien Englands auf die deutsche Westgrenze beschränken müßten, und daß England keine neuen Verpflichtungen irgendwo anders zu übernehmen bereit sei, außer denen, die ihm als Unterzeichner der Völkerbundsabmachungen und der Friedensverträge obliegen.

Chamberlain betonte, daß ihm bei dem Bestreben diese Grenze sicher zu stellen und zu verhindern, daß dort wieder Krieg entstehe, kein Gedanke fern sei, als irgendwelche Zweifel an der Stabilität der Lage anderswo oder an der Heiligkeit der vertraglichen Verpflichtungen. Menschliche Voraussicht könne niemals in irgendeinem Augenblick einen Vertrag entwerfen, der den Interessen aller Zeiten diene. Wenn Grenzen verändert oder die territorialen Vereinbarungen Europas geändert werden sollten, so gäbe es nur zwei Methoden, durch die es seines Erachtens gesehen könne: Die erste bestehe unter den Bestimmungen des Artikels 19 der Völkerbundsabmachung, die sich auf Grenzen bezieht, die mit der Zeit unanwendbar werden können, die andere hänge mit einer Frage zusammen, die, wie er glaube,

keine Aktualität in der Auffassung irgendeiner im gegenwärtigen Augenblick in Betracht kommenden Regierung habe, nämlich der Vereinigung Oesterreichs und Deutschlands, die nur in Aussicht genommen werden könnte als das Ergebnis einer Aktion auf Grund des Artikels 80 des Versailler Vertrages oder des entsprechenden Artikels von St. Germain.

Aber der Gedanke, daß man sich sechs Jahre nach Unterzeichnung der Verträge und nach all den Rufen, die sie bereitet haben, daran machen solle, die Grenzen Europas neu festzusetzen und die Regelung, die damals nicht ohne viele Mühe und Schwierigkeiten erreicht wurde, umzusetzen und zu versuchen, eine neue zu schaffen, erscheine ihm als

ein Gedanke, der von keinem geistig normalen Menschen gehegt werden könne.

und er sei sicher, daß, was auch immer ihre Absichten und ihre Zwecke seien, die Leute, die augenblicklich diese Grenzfragen aufwerfen und die Gemüter der Nationen besorgt und unruhig machen, nicht den Interessen des Friedens und der Wohlfahrt Europas dienen. (Beifall auf der Regierungseite.) Die Welt braucht Stabilität; denn wenn die Lage nicht stabil sei, könne keine Sicherheit bestehen, und wenn keine Sicherheit bestände, so würde der Friede ein leeres Wort bleiben und sich niemals verwirklichen. Auf dieser Grundlage habe die britische Regierung nach sorgfältiger Erwägung der von Deutschland gemachten Vorschläge und nach dem Meinungsaustausch mit der französischen Regierung den Bedingungen einer von der französischen Regierung nach Berlin gesandten Antwort unter korrekter Wiedergabe der britischen Ansicht nicht weniger als der französischen Ansicht zugestimmt.

Nachdem er betont hatte, daß er sich nur auf eine vorläufige grundsätzliche Darlegung beschränken müsse und nicht auf Einzelheiten eingehen würde, erklärte Chamberlain: Er habe bereits dem Hause seine Ueberzeugung hinsichtlich der Aufrichtigkeit ausgedrückt, mit der die deutsche Regierung ihre Vorschläge

Baut den Reichstag um!

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde gestern über einen Antrag des Volksparteilers Dr. Curtius verhandelt, Erweiterungsbauten für den Reichstag vorzunehmen und dafür vier Millionen Mark zu bewilligen. Der Auffassung, daß ein Neubau geschaffen werden müßte, schloß sich auch Präsident Löbe an, während der Zentrumsabgeordnete Dr. Schreiber meinte, man dürfe keine falsche Pietät an dem Gebäude üben, das früher an hoher Stelle ein „Kasten“ genannt und dessen Kuppel als eine „Kaubtierhauskuppel“ bezeichnet wurde.

Die Frage wird sich nicht lösen lassen, ohne daß Gutachten von Architekten eingeholt werden und ein Preisauschreiben veranstaltet wird. Neben dem Anbau wäre dabei auch ganz entschieden ein Umbau in Betracht zu ziehen, bei dem sowohl örtliche wie hygienische Gesichtspunkte zu berücksichtigen wären.

Die Ersetzung der vergoldeten Glaskuppel durch eine würdigere Ordnung des Gebäudes wäre eine Wohltat und würde zur Verschönerung des Stadtbildes wesentlich beitragen. Ein Segen wäre es auch, wenn es gelänge, die überladene Ornamentik der äußeren und besonders der inneren Architektur in geschmackvoller Weise abzubauen. Heute ist der Besucher des Reichstages auf Schritt und Tritt von allegorischen Figuren, Engeln, Adlern, Delphinen und Schlangen umlauert; aus jedem Winkel guckt eine Fratze. Um wieviel würdiger und vornehmer repräsentiert sich das Innere des Landtags!

Vom hygienischen Standpunkt aus ist es dringend notwendig, den im Reichstag beschäftigten Menschen mehr frische Luft zuzuführen. Jeder, der einmal ein paar Stunden im Reichstag zugebracht hat, weiß, wie ermüdend die dort herrschende Atmosphäre wirkt. Jeder arbeitswillige geistige Arbeiter klagt über die unerklärliche Lähmung der Denkfähigkeit, die einen nach mehrstündigem Aufenthalt im Reichstag befällt. Diese Atmosphäre macht den Reichstag zu einem Sumpf des parlamentarischen Kretinismus. Wahrscheinlich trägt sie viel dazu bei, daß so selten in freier Rede gesprochen wird und daß die meisten Abgeordneten es vorziehen, ein unter günstigeren Verhältnissen ausgearbeitetes Manuskript zum Vortrag zu bringen.

Auch in dieser Beziehung ist der Landtag besser gestellt als der Reichstag, zumal er über einen Garten verfügt, in dem die Abgeordneten frische Luft schöpfen können, während der Reichstagsabgeordnete, der in Ausschüssen beschäftigt ist, von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends, wenn Fraktionsversammlungen stattfinden, noch länger an einen Steinhaufen gebannt ist, dessen „Erfrischungsräum“, das gräßlich geschmückte Restaurant, sich an warmen Sommertagen in einen Glutofen verwandelt.

Man bau um, damit Berlin ein schöneres Reichstagshaus bekommt und der Reichstag bei frischerem Sinn bessere Beschlüsse macht.

Nationalistische Sommertheater.

Im Harzer Bergtheater sollen im Juli und August die Dienhard-Festspiele stattfinden. Man mag von der politischen Einstellung des Dichters Dienhard aus Achtung vor seinem Werke absehen, obwohl nicht zweifelhaft ist, in welcher Linie sein öffentliches Wirken liegt. Was aber die Dienhard-Festspiele erwirken sollen, hat einer der Hauptbeteiligten, Dr. Ernst Wachler, ausgeplaudert. Er schreibt, daß die Festspiele den vaterländischen Namen wieder zu Ehren bringen sollen. Das Wort „vaterländisch“ bedeutet in seinem Munde etwas anderes, als was Früchte von einer vaterländischen Regierung jagt: „Boll der Liebe zu dem geringsten Volksgenossen.“ Wachler schreibt von dem Dienhardischen Drama „Heinrich von Osterdingen“ den bedeutamen Satz: „Dieses Drama ist ein unvergleichlicher Ausdruck der Seele des Deutschen, des Sängers der auf der Wartburg und die Kaiserzeit des Mittelalters in prächtigen Bildern spiegelnd: beide ein Schöpfungswerk, was wir verloren haben!“ Ferner gibt Dr. Wachler ein Beispiel mehr für die Tatsache, daß sich gegenwärtig der Akt von Boll zur Gesellschaft verschiebt, denn sonst würde er Boll und Gesellschaft nicht gleichsetzen und schreiben: „Das deutsche Volk ist geladert, um sich zu sammeln, nicht ein Publikum, das sich zerstreuen will, das in Klassen, Parteien, Bekenntnisse zerfällt.“ Vom Volke selbst kann ein solches großzügiges Unternehmen nicht inszeniert werden, wohl aber von der Gesellschaft, der immer noch die Möglichkeit gegeben ist, eine finanzielle Basis zu schaffen, wenn es sich um nationalistische Feste handelt. Wie wird das „Volk“ ausleben, das nach dem Harzer Bergtheater wallfahrten wird oder vielmehr sich fahren läßt, denn dieses „Volk“ hat doch seine Autos. Nur Jungbos und Stahlhelmlente werden mit Untertanenverstand und im Staube zu diesen Festspielen wallen.

Den gleichen nationalistischen Einschlag wird die Hermannsfeier auf der Grotenburg bei Deimold haben, die für den August zur Erinnerung an die Denkmalweiheung vor 50 Jahren geplant ist. Das lippsche Landespräsidium hatte schon vor mehreren Monaten einen Aufruf erlassen, der die Garantie für eine erhebende, wirkliche Volksfeier bot. Aufrufe der Deutschen Turnerschaft, des Deutschen Sängerbundes und der „nationalen Verbände“ folgten und gaben von vornherein den geplanten festlichen Wochen ihr Gepräge. Die Deutsche Turnerschaft wird einen Stafettenlauf durch ganz Deutschland antreten, der am Hermanns-Denkmal enden soll. Daß die Veranstaltung des Deutschen Sängerbundes ein „nationales“ Treuebekenntnis wird, geht schon aus der Art der Ueberschrift hervor, die am Denkmal gesungen werden sollen. Unter diesen Umständen wird der lippsche Arbeiter-Sänger-Bund auf die Teilnahme an der Feier verzichten. Die geplante erhebende Volksfeier wird zu einer parteipolitischen Tagung ausarten.

An Festspielen für die Freilichtbühne unterhalb des Denkmals sind der „Sommerabendstraum“, „Wilhelm Tell“ und „Die Hermannsfeier“ vorgesehen. Der „Sommerabendstraum“ wird ja nicht mit politischem Nachwort zu durchgehen sein, aber die Gefahr liegt nahe, daß die „Hermannsfeier“ mit schwarzweißer Beleuchtung gegeben wird. Schon jetzt ist der Hünenring für verschiedene Abende von nationalen Verbänden gepachtet. Ohne Frage ist die „Hermannsfeier“ ein Werk das stärkste dramatische Werk, das die historische Hermannsfeier zur Grundlage hat. Aber Keßler wollte kein historisches Drama schreiben, sondern suchte nur eine

Basis, auf der sich sein großer Franzosenhaß dramatisch formulieren ließe. Das Drama entstand unmittelbar unter dem Eindruck der napoleonischen Fremdherrschaft, und die Attische sind so gestellt, daß Worte voll leidenschaftlichem Pathos ins Publikum geschleudert werden und zum Aufstand mahnen. Künstlerisch läßt sich die Wahl des lippschen Dramas zweifellos rechtfertigen. Aber wie viele Hörer werden Bühne und Zuschauerraum mit einem politischen Auditorium verwechseln und subjektives Gegenwartsleben in das Stück hineinlesen!

Sozialer Brückenbau führt zur Einigkeit... Unter dem Schwerte Hermanns, dessen Inschrift zur Einigkeit mahnt, stehen die nationalen Verbände der Brücken ab... J. S.

„Die Göttin auf der Balz.“ Der Rome ist sicher das schönste an diesem angeblichen Lustspiel von Hans Bachwitz, das unter der sommerlichen Herrschaft im Lessingtheater seine Uraufführung erlebte. Eine Schauspielerin wirft auf einer Reise bestrickende Reize über einen — Bahnhofswirt. (Aktuell, weiß Reizezeit.) Nach Brahm und auch nach Barnowsky ist ja auf dieser Bühne schon viel Unsinns geredet worden; aber diesmal achten wirklich die Breiter, weil es sich um Platteien und detari eindeutig plumpe Joten handelte, daß selbst eine Sommerdirektion dafür keine ausreichende Entschädigung sein kann. Die Darsteller waren nicht in der Lage, dem gaulisch unbeholfenen Gebilde Leben zu verleihen. Für Esje Waja war die Beteiligung an dem Unsinns immerhin eine Zumutung. K.

Das Auswärtige Amt und die Pariser Ausstellung. Die Tagung des Deutschen Werkbundes in Bremen erlebte eine eigenartige Wendung dadurch, daß der anwesende Vertreter des Auswärtigen Amtes das Wort ergriff, um sich gegen den Vorwurf zu verteidigen, sein Eingreifen habe eine Beteiligung Deutschlands an der Internationalen Kunstgewerbe-Ausstellung in Paris verhindert und dadurch deutsche wirtschaftliche und künstlerische Interessen schwer gefährdet. Seine Ausführungen richteten sich gegen Mitglieder jener Gruppe des Werkbundes, die im Vorjahr einer Teilnahme Deutschlands an diesem wichtigen internationalen Wettkampfe die Wege zu ebenen versuchte. Der Deutsche Werkbund beantwortete die in schärfster Form vorgebrachten Angriffe damit, daß er den Führer jener Gruppe, Prof. Bruno Paul, in das Präsidium wählte. Es ist eine Bewegung im Deutschen Werkbunde und in verwandten wirtschaftlichen Verbänden im Gange, um zu bewirken, daß in Zukunft die Entscheidung über Veranstaltung oder Ablehnung auswärtiger Ausstellungen und ähnliche Fragen von einschneidender wirtschaftlicher Bedeutung nicht mehr allein von der Stellungnahme der amtlichen Instanzen, sondern auch von der Beurteilung durch die Fachkreise abhängig gemacht wird.

Ein neuer Ruf der Nationalgalerie. Der bisherige wissenschaftliche Hilfsleiter Dr. Ludwig Thormahlen ist zum Rufbeholden bei der Nationalgalerie ernannt worden. Thormahlen, geboren zu Danau 1859, war Schüler Böhmings, Seeges und Clemens. Seit 1914 ist er an der Nationalgalerie tätig und war bei der Einrichtung des Kronprinzenpalais und der Nationalgalerie, sowie bei der Veranstaltung zahlreicher auswärtiger Ausstellungen beteiligt.

Autorenrecht in Sowjetrußland. Der Rat der Volkskommissare hat das Dekret über das Autorenrecht angenommen. Das Recht erstreckt sich auf 25 Jahre, das Erbrecht auf höchstens 15 Jahre.

machte und hinsichtlich der Aufrichtigkeit, mit der sie auch beabsichtige, ihre Verhandlungen fortzusetzen.

und er wolle bei dieser Gelegenheit hinzufügen, daß er nicht nur ihrer Aufrichtigkeit, sondern auch dem Mute und der Staatskunst der Männer, die die lästige Initiative ergriffen, Anerkennung zolle. (Beifall.)

Chamberlain fuhr fort, diese Initiative sei der britischen Regierung als eine hoffnungsvollere Aussicht erschienen, als alles, was sich seit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages ereignet habe.

Sodann wiederholte er, daß die Verpflichtungen Englands auf die Westgrenze beschränkt werden müßten, daß aber diese Verpflichtungen nicht ein einseitiges Bündnis sein dürften, sondern ein gegenseitiger Pakt, unter den Mächten, deren frühere Sireligkeiten Kriege hervorgerufen hätten; ferner, daß mindestens gleichzeitig mit dem Inkrafttreten irgendwelcher gegenseitigen Vereinbarungen dieser Art

Deutschland in den Völkerbund eintrifft

und den ihm gebührenden Platz einnehmen, sowie den ihm zukommenden Einfluß im Rate der Welt ausüben müßte.

Zum Schluß versprach Chamberlain, dem Parlamente volle Gelegenheit zu geben, vor der Ratifizierung irgend eines neuen Vertrages durch die Regierung seine Meinung auszusprechen. Er bat um eine unparteiliche und wohlwollende Erwägung dieser Vorschläge und fragte: Wer unter Ihnen hat mit Befriedigung die Geschichte der letzten 20 Jahre und wer unter Ihnen ohne Besorgnis die Aussichten der Zukunft betrachtet können? Europa sei heute, sechs Jahre nach der Unterzeichnung des Friedens, immer noch in zwei Lager geteilt, die von Feindseligkeit und Mißtrauen erfüllt seien, einem Mißtrauen, das mit der Zeit nicht geringer, sondern größer werde, und das Gespalt des Ausbruchs eines künftigen Krieges nehme nicht ab, sondern wachse. Chamberlain sagte, er wiederhole das, weil es ein grundlegender Faktor der Lage sei.

Jucht beherrsche die Gemüter der Welt und die Haltung eines jeden Landes.

Unter den Siegern nicht weniger als unter den Besiegten bestehe die

Hychose des Besiegten.

Jede der Nachkriegsregierungen in England habe versucht, einen Weg aus dieser Schwierigkeit zu finden. Sehr viele sich eine neue Gelegenheit, vielleicht die letzte Gelegenheit. Sie sei aus einer deutschen Initiative entstanden und habe die freundschaftliche und verständlichste Aufnahme bei Frankreich gefunden.

Chamberlain begrüßte die Nachrichten über den Entschluß Frankreichs, das Ruhrgebiet zu dem festgesetzten Termin zu räumen. (Beifall.) Er schloß mit einem warmen Appell an das gesamte Parlament, an dem eingeleiteten Werke mitzuwirken.

Macdonald

schloß sich Chamberlain in der Beglückwünschung Deutschlands zu seinem sehr mühen Schritte an, den es mit der Entsendung der Rote an Frankreich getan habe. Auch er wandte sich scharf gegen den Gedanken der Isolierung. Er protestierte gegen jedes Sphäre separatistisches Vorgehen, das Chamberlain vorgeschlagen scheint, da dies England automatisch in den Krieg ziehen würde. Chamberlain habe die Tatsache betont, daß Großbritannien nur an der Westgrenze garantiere. Es gebe jedoch keine derartige Beschränkung. Diese Garantie für die Westgrenze sei eine Garantie, die Großbritannien an einem europäischen Kriege teilnehmen lassen würde. Er glaube nicht, daß die Westgrenze die Ursache eines neuen europäischen Krieges sein werde. Angenommen jedoch, Rußland bekomme Streik mit Polen und Frankreich erhalte, im Hinblick auf sein Defensivbündnis mit Polen Deutschland um ein Durchzugsrecht für seine Truppen nach Polen. Wenn dann Rußland Deutschland warne, daß es die Erteilung der Durchzugsurkunde als eine selbständige Handlung auffassen würde, so würde Deutschland gezwungen sein, entweder sich Frankreich zu widersetzen oder den Drohungen Rußlands gegenüberzutreten. Dies würde bedeuten, daß, weil ein Garantievertrag an der Westgrenze bestünde und weil Rußland im Kriege mit Polen sei, England in den europäischen Krieg eintrifft müßte. Großbritannien würde nach der Völkervereinbarung oder nach dem Genfer Protokoll unter seiner Verpflichtung gestanden haben, bevor alle Arten von vorgeesehenen Verfahren erschöpft worden seien.

Macdonald erklärte weiter, er stimme nicht mit Chamberlains Schluß über die Abrüstung überein und glaube nicht, daß irgendeine Ration je durch wirtschaftlichen Druck gezwungen werden würde, ihre Rüstungen zu vermindern, außer wenn eine Konferenz mit anderen Nationen einberufen und eine Vereinbarung erzielt werde. Chamberlain ermutigte Gruppen von Defensivbündnissen. Hier machte Chamberlain den Zwischenruf: „Gruppen von gegenseitigen Garantiebündnissen“. Macdonald sagte: So kann alle diese Unterscheidungen nicht sein. Es ist wie die alte Unterscheidung zwischen Offensiv und Defensiv. Chamberlain erwiderte: Es ist ein Unterschied zwischen Bündnissen gewisser Mächte gegen eine andere Macht oder zwischen Gruppen und einer gegenseitigen Garantie zur friedlichen Regelung von Streitigkeiten zwischen einer Gruppe von Mächten, die an einem besonderen Gebiet interessiert sind.“ Macdonald fuhr fort:

Chamberlain hätte ein Abrüstungsabkommen zu einem wesentlichen Teil des Planes machen müssen,

ebenso wie es zu einer wesentlichen Bedingung gemacht worden sei, daß Deutschland dem Völkerbund beitreten müsse. Die Methode von Bündnissen sei nutzlos, wenn der Frieden das Ziel sei. Keine Nation, die schwer arbeitende kluge Untertanen und große wirtschaftliche Macht habe, könne jemals lange niedergelassen werden. Er wolle eine britische Politik, keine selbstsüchtige Politik, sondern eine Weltpolitik, die von England in Freundschaft mit der gesamten Welt verfolgt werde.

In Beantwortung der Debatte sagte Chamberlain, er wisse nicht, ob irgendein Pakt aus Großbritannien, Frankreich, Belgien und Deutschland beschränkt sein würde. Großbritannien habe zwar seine Verpflichtung und Garantie begrenzt, aber Großbritannien und, wie er sicher glaube, auch Frankreich, Belgien und Deutschland werden

Italiens Teilnahme an dem westlichen Garantiepakt willkommen heißen.

Chamberlain sagte ferner, England würde sich den anderen großen Mächten für jegliche Konferenz zur weiteren Einschränkung der Seerüstungen oder zur Verminderung der Landrüstungen anschließen. Er glaube, daß, wenn die Mächte mit größeren Heeren erst einmal Bewußtheit wegen ihrer Sicherheit hätten, es nicht unwahrscheinlich sein werde, daß sie die Initiative ergreifen und eine solche Abrüstungskonferenz einberufen oder den Völkerbund einladen würden, dies zu tun.

In Erwiderung auf eine Bemerkung Lloyd Georges über die Kölner Frage erklärte Chamberlain,

er hoffe, daß Köln binnen einigen Monaten geräumt werde.

Er wisse, daß es bei gutem Willen auf beiden Seiten geräumt werden könne. Wenn ein Zweifel darüber bestehe, ob die Entwaffnungsbestimmungen erfüllt seien, von dem Augenblick an, wo die Militärkontrolle in Deutschland zurückgezogen ist (was der Fall sein wird, wenn die Bestimmungen erfüllt sind, die England die Räumung Kölns ermöglichen), dann bestimme der Vertrag, daß die Abrüstung Deutschlands unter die Aufsicht des Völkerbundes gestellt werden solle; es sei dann Sache des Völkerbundes zu entscheiden, ob die Bedingungen erfüllt sind oder nicht.

Sowjetrussische Kriegsschiffe, zehn an der Zahl, liegen in Kopenhagen vor Anker. Drei dänische Militärflugzeuge trafen bald nach ihnen ein, um an der Südspitze Lange-Lands vorläufige Aufenthalt zu nehmen.

Begegnung die Schwarz-weiß-rote Hungerblockade!

Gestern sind im Reichstag bei der ersten Lesung der Zollvorlage die Präjuden der Schlacht der Volksvertreter gegen die Zollprojekte der Unterregierung entbrannt. Die sozialdemokratische Parteiorganisation in Wilmersdorf hatte aus diesem Anlaß eine stark besuchte Versammlung in den „Biktoriagarten“ in der Wilhelmstraße einberufen, in der die Reichstagsabgeordnete Genossin Frau Clara Bohm-Schuch über die „Lebensmittelverwertung und die Ausbeutung des arbeitenden Volkes“ sprach. Nachdem sich die städtische Versammlung zu Ehren des ermordeten Märtyrers der Republik, Walter Rathenau, erhoben hatte, ergriff Genossin Bohm-Schuch das Wort, um ein lebendiges Bild der katastrophalen Folgen des schamlosen Ausbeutungssystems der Reaktion aufzuzeichnen.

Schon immer, so führte die Rednerin aus, hatten die Internationalen das Bestreben, ihre Ausbeutungszölle durch Intrigen und Hintertreppenvorhandlungen durchzusetzen. Ihren jämmerlichen Umfall bei der Dames-Abstimmung ließen sich die arischen Schloßbesitzer durch Ausbeutungszölle am Volke verkaufen. Das deutsche Volk erhält jetzt die schmerzliche Danksagung dafür, sich seine Regier als Interessenhüter in den Reichstag bestellt zu haben. Mit der „Mutterung“ hat man das Volk belogen und betrogen. (Stürmische Beifallstundgebungen.) Die hohen Zölle sollen angeblich die geeignete Basis für den Abschluß von Handelsverträgen sein. Das Gegenteil ist richtig. Betrachten wir einmal die Auswirkungen der von der Rechtsregierung geplanten Zölle. Beim Roggen ist pro Doppelzentner für das erste Jahr ein Mindestsatz von 3 M., für die späteren Jahre von 5 M. vorgelesen. Das bedeutet, daß das kilo Roggen um 3 Groschen teurer werden wird.

Die Getreidezölle treffen

am ärmsten und linderlichsten Familien den stärksten

weil gerade die ärmsten und linderlichsten Familien den stärksten Brotverbrauch haben. Alle anderen Lebensmittel sind für diese schwer um ihre nackte Existenz ringenden Familien unerschwinglich. Ein ungeheuerliches Unrecht ist es, welches das unerfährliche Agrarierium an den Ärmsten des Volkes begehen will. (Stürmischer Beifall und Erregung.) Als eine Farce muß es bezeichnet werden, wenn das Getreidezollgesetz eine stärkere Bezahlung des weissen Mehls vorsieht. Die Kartoffelzölle sehen eine Erhöhung des Doppelzentners Kartoffeln um 4 M. vor. Die Belegung gerade dieses für die breiten Massen des Volkes so notwendigen Lebensmittels mit einem sehr

Bananenschalen und Kirschkerne.

Das Fleisch der Bananen ist wohlschmeckend und nahrhaft und daher bei Jung und alt beliebt. Die Bananenschalen sind ungenießbar; doch schuf sie die Natur vielleicht in weiser Vorsicht, damit man das weiche flebrige Fruchtfleisch beim Verspeisen halten kann, ohne sich die Finger zu beschmutzen. Ist es verkehrt, so sind die Schalen völlig wertlos und man vermeidet eine unnötige Belastung, wenn man sich auf der Stelle ihrer entledigt. Da man Bananen gern unterwegs verspeist, so wirft man die Schalen zweckmäßig auf den Bürgersteig. Sollte man die Früchte aber auch mit in die Wohnung nehmen, so lassen sich die Schalen mit Leichtigkeit aus dem Fenster oder vom Balkon auf die Straße befördern. Dort bilden sie eine Art Aufmerksamkeitsprüfung für die Passanten. Im allgemeinen werden nur alte Leute, Tölpel und kleine Kinder sie nicht beachten, sofern die Früchte noch in schönem Geis leuchten. Waren sie aber schon überreif und ihre Schalen braunschwarz, so wird die Anzahl derer, die darüber ausgleiten, beträchtlich größer sein. Doch sicherlich werden alle aufrichtige Dankbarkeit für die Spender der Schalen empfinden, die so menschenfreundlich ihre Mitbürger zur Aufmerksamkeit auf der Straße erziehen. Sollte trotzdem dieser oder jener andere Gefährte gegen sie begegnen, so ist er nur auf die jetzt beginnende Kirschenzeit hingewiesen. Wie will er ungeschädigt die Kerne und saulen Früchte umgehen, die die Straße schmücken, wenn er nicht vorher an größeren Objekten, an den Bananenschalen, seine Geschicklichkeit übt!

Proteste der Hebammen.

Der Deutsche Hebammenbund, der dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter angeschlossen ist, hatte gestern seine Mitglieder zu einer Versammlung nach der Ludowik-Straße einberufen. Auf dem Programm stand ein Vortrag des Rechtsanwalts Dr. Bahn über die Gefahren des § 219 für die Hebammen (Behilfe zur Abtreibung). Rechtsanwalt Dr. Bahn behandelte diesen Paragraphen in Zusammenhang mit dem § 218 und führte an Hand eines sehr reichhaltigen Materials, Beurteilungen, Verhaftungen usw., die Gefährlichkeit gerade dieser Paragraphen für die Hebammen vor Augen. Fast keine Woche vergeht, wo nicht Hebammen verhaftet oder verurteilt werden. Er wies darauf hin, daß die Hebammen keine Parastatstrafsregeln außer Acht lassen sollen, die sie davor schützen, unter dem Verdacht der Behilfe zur Abtreibung Eingriffe getan zu haben. Schullos stehen die Hebammen diesen Paragraphen gegenüber. Die Abtreibungen haben seit 1870, ganz besonders aber nach dem Kriege, unendlich zugenommen. In der Hauptsache bedingt durch die sozialen Verhältnisse, die Wohnungsnot usw. Wenn vor dem Kriege in den oberen Kreisen das von Frankreich übernommene Zweifelhinderstystem schon üblich war, so hat auch heute das Proletariat über dieses Sphäre hinaus längst den Kinderlegen eingeschärft oder ganz einsteilen müssen. Ein Paragraph aber, der nicht verhindern kann, was er bestrafen, hat seine Daseinsberechtigung verloren. Mit aller Macht muß dafür gekämpft werden, daß diese verschwinden, die so ungeheures Elend auf Tausende von Familien, Frauen, Hebammen und Ärzte heraufbeschwören.

Unglücksfall eines Sprungkünstlers.

Gestern Abend verunglückte im Ullap am Lehrter Bahnhof bei seinem ersten Debut der Todespringer Cliff Aera, der von einem 30 Meter hohen Mast den Feuer sprang mit einem vierfachen Saktomortale ausführen wollte. Das Unglück geschah dadurch, daß die etwa 20 Meter lange Bahn stark mit Tau belegt war und so dem Springer keinen Widerstand bot. Cliff Aera hat eine starke Hüfterverletzung davongetragen und liegt augenblicklich bewußlos im Krankenhaus.

Künstlerfest im Zunapark.

Daß Berlin zu wenig Gesinnung, nicht genügend Zeit, Geist und Lust besitzt, um wirklich feste Feste zu können, hat der letzte Winter bewiesen. Und nun feiern am Sommerfest, die ebenfalls ohne Kultur sind, deren Lustigkeit auf den Beobachter wieder trampfhaft und versetzt wirkt. Wenn das Publikum obendrein zu einem Künstlerfest geladen wird, dann erwartet es von vornherein etwas ganz Besonderes. In dieser Beziehung dürften viele Besucher des Zunaparks enttäuscht gewesen sein, als sie sich zum Künstlerfest der Deutschen Bühnengenossenschaft einfinden. Das schöne Wetter hatte Tausende hinausgelockt, oder was es bloß die Aussicht, ein Automobil geminnen zu können? Das harmlose Programm fand mehr oder weniger Beifall, je nach der Anspruchlosigkeit der Gäste: Holländer dirigierte mit Schmitz seinen Traummusikal und wurde lebhaft applaudiert; den Einzug der Clowns sah man mit gemischten Gefühlen; am meisten amüsierte die Filmaufnahme unter Mitwirkung des Publikums, die natürlich nicht echt war. Kammerlänger Gegeness lang mit dem Drucker des Zunaparks, und das Einsteheballlet tanzte, darunter die Grude, Terpis und Harold Kreuzberg, von Sylvia Schenker überlassen — alles im Freien. Zum Schluß wurden noch lebende Skulpturen gestellt. Der Chor der Promiananten bildete den einzigen Kontrast des Publikums mit den Prominenten, die spärlich

hohen Zoll bringt die Gefahr mit sich, daß der Zollsatz an den Wert des Produktes herankommt, ja diesen übersteigt. Dadurch ist die Einfuhr überflüssiger Kartoffelmengen des Auslandes, die unseren Kartoffelpreisen gegebenenfalls erheblich herunterdrücken können, zur Unmöglichkeit gemacht. Aber nicht nur Getreide und Kartoffeln werden bezollt, wenn die Rechte ihre Pläne durchsetzt, sondern überhaupt alles, was der Wertigkeit zum Leben braucht. Es soll ein lückenloser Zolltarif werden, den die monarchistischen Hungerattentäter beabsichtigen. Alles soll in die Taschen der Reaktion fließen. Diese Partisanen haben es ja immer glänzend verstanden, das Volk bis aufs Aeußerste auszusaugen. Jetzt wollen sie ihre geradezu empörende Ernährungspolitik bis zum unerträglichen Gipfel durchsetzen.

Was beabsichtigt man alles zu verzollen? Den Reis, der immer mehr zu einem wichtigen Nahrungsmittel geworden ist, die Hülsenfrüchte, das Schmalz, das Obst, dessen unsere unterernährten Arbeiterkinder so bitter dringend benötigen, das Geflügel, Fleisch, mit dem sich der schwer arbeitende Proletariat für seine zermürbende Arbeit notwendigerweise stärkt. Ein unerhörtes Verbrechen will die jeder Skrupel bare Reaktion inszenieren. Ihr ist jedes Mittel, auch das der Verelendung des Volkes, recht, um den Staat wieder in die Hände zu bekommen.

Die deutsche Ernährung muß vom Zustand unabhängig gemacht werden, sagen die Schwarzweißroten. Welch lächerlicher Schwandel, mit dem man seinen verbrochenen Egoismus demanteln will! Es gilt, das Volk aus seiner Leihgarnie aufzurütteln. Kampf den Ausbeutungszolltarif mit allen parlamentarischen Mitteln, einschließlich Kampf auf der ganzen Linie, das ist unsere Parole. (Wiederholte stürmische Beifallstundgebungen.)

Nach einer kurzen Diskussion, in der u. a. auch eine Kommunistin sprach, wurde nach einem Schlußwort der Genossin Bohm-Schuch folgende, spontan aus der Mitte der Versammlung gestellte

Entschließung

angenommen:

„Die am 24. Juni im „Biktoriagarten“ Wilmersdorf von der Sozialdemokratie einberufene öffentliche Versammlung protestiert gegen die schamlose Ausbeutung des arbeitenden Volkes, die sich schon jetzt in der ungeheuren Verteuerung der Lebensmittel auswirkt. Die Versammlung erwartet vom Reichstag, insbesondere von der Sozialdemokratie, daß sie die jetzt eingebrachte Zollvorlage mit allen parlamentarischen Mitteln zu Fall bringt, um eine völlige Verelendung des schaffenden Volkes zu verhindern.“

vertreten waren, obwohl die ersten Namen angekündigt waren. Nach einem „Salafenermer“ verließ der kühle Zunapark mit seinen prächtigen Terrassen in Dunkelheit und Stille.

Mit dem Zeppelin zum Nordpol!

Der Erbauer des nach Amerika abgelieferten Zeppelins, Dr. Eckener, verfolgt seit längerer Zeit den Plan, mit einem Zeppelinluftschiff nach dem Nordpol zu fliegen. Die Absicht hat jetzt greifbare Gestalt angenommen. Heute mittag begannen im Reichsverkehrsministerium Besprechungen mit Dr. Eckener. Wie verlautet, soll er bereits mit Amundsen in Verbindung stehen, um mit diesem gemeinsam eine Expedition auszurüsten. Amundsen ist diesem Plan nicht abgeneigt, um so mehr, als die von deutschen Firmen gelieferten Flugzeuge und Messgeräte, die er bei seiner letzten Expedition benutzte, ihn in vollstem Maße befriedigten.

Berliner Turn- und Sportwoche.

Der 4. Tag brachte auf Veranlassung der Turngemeinde Vereinigung Berliner Lehrer* die Berliner Knaben- und Mädchenschulen auf dem Tiergarten Sportplatz zu einem großen Sportfest. 60 Berliner Gemeindefschulen hatten je 10 ihrer besten Turner zu der Veranstaltung geschickt. Die Spiele gingen in schneller Folge vor sich. Es galt im Laufen, Springen und Werfen das Beste herzugeben, um den Wanderpreis der Stadt Berlin zu erringen. Aus diesen volkstümlichen Wettkämpfen ging die 31. Gemeindefschule Charlottenburg als erster Sieger und die 17. Gemeindefschule Charlottenburg als zweiter Sieger hervor. Der dritte Preis, eine vom Oberbürgermeister gestiftete Plakette, die der besten Läufermannschaft zufließen sollte, ging an die 17. Gemeindefschule Charlottenburg.

Einweihung der ersten schwimmenden Jugendherberge.

An der Tiergartenstraße wurde gestern im Beisein des Oberbürgermeisters Böß und Vertretern der Staats- und Stadtbehörden die erste schwimmende Jugendherberge eingeweiht. Die schwimmende Herberge sollte auf Reparationskosten an Frankreich abgeliefert werden, genügt aber nicht den Ansprüchen des französischen Abnahmekontrolleurs. Das Schiff wurde umgebaut und der Jugend nutzbar gemacht. Der Zweck dieses Riesenschiffes ist, jugendwandernden aus allen Teilen des Reiches Nachtquartier zu gewähren und einen längeren, fast kostenlosen Aufenthalt zu bieten. Der Kahn ist 50 Meter lang und hat eine Breite von 5 Metern. Er bietet hundert Personen Schlafgelegenheit. Die Inneneinrichtung entspricht allen modernen Anforderungen. Wasserleitungen, Vorratsräume, Aufenthaltsräume sowie die Wohnräume für den ständigen Schiffsbesatz sind hell und luftig. Das Deck bietet auch bei schlechtem Wetter einen guten Aufenthalt. Stadtschulrat Reimann hielt die Laudatio und taufte die Jugendherberge auf den Namen des Oberbürgermeisters.

Aus Feuergefahr gerettet. Heute früh 3/4 Uhr brach in der Werkstatt des Tischlers Otto Heder in Treptow, Essenstr. 89, Feuer aus. Infolge der starken Rauchentwicklung war der erste Stock nicht mehr zu erreichen. Dort befanden sich fünf Kinder der Familie Kremin im Alter von 2 bis 7 Jahren in Lebensgefahr. Zwei Schupobeamte des Reviers 789 kletterten vom Hof aus über das Dach und holten die Kinder durch das Fenster aus der Wohnung. Die Feuerwehr konnte den Brand sehr rasch löschen. Der Brandschaden ist gering.

„Der blaue Heinrich“, der abendlich die Besucher des Rose-Theaters erfreut, ist ein Graf, der außer seinem Dünkel eine gewaltige Schandenheit und eine sehr schöne, wohlgezogene Tochter hat. Diese versteht der Herr Papa, zum Leidwesen der mitbeteiligten Schwiegereltern, wirklich gut zu verheiraten. Schließlich landet Olympia, die bewusste Tochter, im dritten Akt bei ihrem dritten Mann, einem Leinwandhändler, der selbstgewählt und nach ihrem Geschmack ist. Der gräßliche Herr Papa hat endgültig die Rolle des Tyrannen ausgeübt. Das Auseinandergehen der verschiedenen Weltanschauungen und Erziehungsmethoden haben die Schwandverfasser Otto Schwarz und Georg Langhans vornehmlich auf Situationen konzentriert. Das nahm das Rose-Theater augenblicklich wahr. So entsetzte namentlich Max Tobien als August Schulze beim Publikum Hochstürme, die erst in den Pausen langsam verebbten. Ebenso taten alle anderen Darsteller das Ihre, um die Zuschauer herzlich lachen zu machen, was ihnen durch freudigen Beifall gelohnt wurde.

Wahltag der Obernabe des Brandenburger Meers zu den Kreis gewählter Wahlkreise des Reichstages findet am Sonntag, 24. Juni, zur weltstämmigen Einweihungsfahrt der Kaiserlich-Kaiserlichen (75 moderne Schiffe) unter Teilnahme der verschiedenen Behörden und Werke an Brandenburger Meer (Ranowhede) nach Grinau statt. Abfahrt 21. Uhr. Der Einheitspreis für die Fahrt nach Grinau, Ranow, Ball, Feuerwerk usw. ist auf 10 M. festgesetzt worden, so hoch den höchsten Berliner Wahlkreisen geboten wird, einen gemächlichen Nachmittags und Abend an den herrlichen See- und Waldgeländen Grinau zu verbringen.

